Offener Brief an die Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Felix Banaszak und Franziska Brantner

Hamburg, 18.11.2026

Bildungsgerechtigkeit darf kein Wahlversprechen bleiben

Sehr geehrter Herr Banaszak,

sehr geehrte Frau Brantner,

wir wenden uns als Elternnetzwerk von Hamburger Schulen an Sie, weil wir in Hamburg eine bildungspolitische Entwicklung erleben, die viele Eltern, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie Schulleitungen mit großer Sorge verfolgen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten bundesweit für Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und hochwertige Ganztagsbildung ein. Ihre Partei betont, dass Bildungschancen nicht von Herkunft oder sozialem Status abhängen dürfen und dass Ganztag weit mehr sein soll als Betreuung. Gute Bildung wird von Ihnen als Grundlage demokratischer Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit beschrieben.

Besonders deutlich formulieren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Ganztag kein „reines Betreuungsarrangement“, sondern ein pädagogischer Lebens-, Lern- und Entwicklungsraum sein müsse.

Umso größer ist unser Unverständnis über die Entscheidungen, die derzeit in Hamburg getroffen werden sollen. Konkret geht es um die faktische Abschaffung von Ganztagsschulen (Vor- und Nachmittag werden verzahnt organisiert, Lehrkräfte werden auch am Nachmittag eingesetzt), Kürzungen bei den Schulbegleitungen für Kinder mit besonderen Bedarfen, Qualitätsverluste an den Gymnasien und gymnasialen Oberstufen der Stadtteilschulen, Abbau von Lehrkräften.

Seit Monaten formiert sich breiter Widerstand gegen die Maßnahmen, weitere Informationen finden Sie beispielsweise unter der Website www.keine-sparmassnahmen-zulasten-hamburgs-schulkinder.de oder in der Stellungnahme der VEHG (https://qrco.de/VEHG_Sparmassnahmen).

Hamburgs allgemeinbildende Schulen werden aktuell von rund 222.500 Schülerinnen und Schülern besucht. Die Kürzung der Mittel im Bildungsbereich führt direkt oder indirekt bei einer erheblichen Anzahl von Kindern und Jugendlichen zu einer verschlechterten Zukunftsperspektive.

Besonders kritisch ist dabei der enge Zeitplan: Der Hamburger Haushalt soll bereits im Dezember beschlossen werden, die geplanten Änderungen schon zum kommenden Schuljahr wirksam werden. Für alle Beteiligten bliebe somit nur wenig Zeit, um tiefgreifende organisatorische, personelle und pädagogische Veränderungen vorzubereiten. Eine solche Tragweite durch die geplanten Maßnahmen verdient aus unserer Sicht eine sorgfältige Prüfung und eine breite öffentliche Debatte. Es drängt sich

uns der Verdacht auf, dass hier Fakten geschaffen werden sollen, da Schulen gezwungenermaßen jetzt die Umsetzung der geplanten - noch nicht beschlossenen - Maßnahmen angehen müssen, um den Zeitplan überhaupt einhalten zu können.

Was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprechen. Und was in Hamburg geschieht.

Die aktuelle Debatte ist nicht nur eine Frage von Haushaltszahlen. Sie ist auch eine Frage politischer Glaubwürdigkeit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprechen: Ganztag ist mehr als Betreuung

Die Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschreibt Ganztag ausdrücklich nicht als reine Betreuung, sondern als Instrument für faire Bildungschancen. Ganztagsangebote sollen Kinder individuell fördern, zusätzliche Bildungsräume eröffnen und Talente entwickeln. (vgl. https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/fachtexte/bildungspolitik-verbesserungen-fuer-ganztagsausbau/)

Was in Hamburg geschieht

Nach den vorliegenden Planungen sollen Lehrkräftestunden und Honorarmittel entfallen und in erheblichem Umfang durch zusätzliche Erzieherstellen ersetzt werden.

Dadurch geraten gerade die Angebote unter Druck, die Ganztag zu einem Bildungsangebot machen: unter anderem Lernzeiten, individuelle Förderung, Musikangebote, Theaterprojekte, Begabtenförderung, Chorarbeit und kulturelle Projekte.

Viele Eltern gewinnen deshalb den Eindruck, dass aus einem Bildungsangebot schrittweise ein Betreuungsangebot werden könnte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprechen: Bildungschancen dürfen nicht von Herkunft abhängen

Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, sie treibe „eine inklusive, chancengerechte Bildung“ voran und fördere „besonders Kinder und Jugendliche in herausfordernden sozialen Lagen“. (vgl. https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/unsere-ziele/bildung/.

„Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die Orte, wo es die größten Förderbedarfe gibt.“ Dieses Zitat stammt von Ihnen, Herr Banaszak und Frau Brantner, und findet sich im Autor*innenpapier „Für die Bildungswende: Beste Chancen für alle, Fundament unserer Demokratie“.

Was in Hamburg geschieht

Wenn ergänzende Bildungsangebote reduziert werden, trifft dies nicht alle Familien gleichermaßen.

Familien mit ausreichenden finanziellen Möglichkeiten können weitere Bildungsangebote selbst organisieren und finanzieren. Viele andere Familien können dies nicht.

Kürzungen drohen deshalb genau jene Unterschiede zu vergrößern, die Ihre Partei nach eigener Programmatik verringern möchte. Die Ganztagsgrundschulen liegen beispielsweise überproportional häufig in sozial schwächeren Gebieten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprechen: Multiprofessionelle Zusammenarbeit stärken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonen in ihren bildungspolitischen Positionen regelmäßig die Bedeutung multiprofessioneller Teams sowie der Zusammenarbeit von Lehrkräften, Erzieher*innen, Jugendhilfe und weiteren pädagogischen Fachkräften. Gute Bildung und insbesondere qualitativ hochwertiger Ganztag werden als gemeinsame Aufgabe verschiedener Professionen verstanden.

(vgl. https://cms.gruene.de/uploads/assets/Bildung_Arguhilfen_2021.pdf, sowie Autor*innenpapier Franziska Brantner und Felix Banaszak „Für die Bildungswende: Beste Chancen für alle, Fundament unserer Demokratie“)

Was in Hamburg geschieht

Gerade diese bewährte Zusammenarbeit wird durch die aktuellen Planungen gefährdet.

Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher sowie externe Fachkräfte bringen unterschiedliche Kompetenzen ein. Erst ihr Zusammenspiel macht beispielsweise den Ganztag zu einem Ort ganzheitlicher Bildung.

Viele Eltern fragen sich daher, warum ein funktionierendes multiprofessionelles System geschwächt werden soll, obwohl seine Stärkung seit Jahren zu den bildungspolitischen Zielen Ihrer Partei gehört.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprechen: Inklusive Bildung für alle Kinder

Wer inklusive, chancengerechte Bildung verspricht (vgl. https://www.gruene-bundestag.de/unsere-politik/unsere-ziele/bildung/), muss dieses Versprechen auch für Kinder mit Behinderung einlösen. Für viele von ihnen ist die Schulbegleitung die Voraussetzung dafür, dass das Recht auf gleichberechtigte Bildung (Artikel 24 UN-Behindertenrechtskonvention) im Schulalltag ankommt.

Was in Hamburg geschieht

Bei der Schulbegleitung ist das, was an anderer Stelle noch Planung ist, bereits Realität. Zum Schuljahr 2026/27 erhalten weniger Kinder eine Schulbegleitung, und wer sie erhält, bekommt oft weniger Stunden als beantragt. Auch der neue Haushaltsplan rechnet mit deutlich weniger Kindern mit Schulbegleitung, obwohl die tatsächlichen Zahlen seit Jahren darüber liegen. Die Mittel sollen ab 2028 sogar sinken.

Gleichzeitig soll Schulbegleitung vorrangig durch Freiwillige im FSJ geleistet werden. Doch so viele Freiwillige gibt es nicht. Viele dieser Stellen waren zum Schuljahresbeginn unbesetzt, und sie dürfen nicht durch ausgebildetes Personal ersetzt werden. Kinder mussten deshalb zu Hause bleiben oder früher abgeholt werden. Eine Bewilligung auf dem Papier ist noch keine Teilhabe.

Wo Schulbegleitung fehlt, springen Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte ein. Die Zeit dafür fehlt ihnen bei den übrigen Kindern der Klasse.

Fehlende Schulbegleitung können Familien nicht selbst ersetzen. Wo sie fehlt, kann das Kind nicht teilhaben und verliert Bildungschancen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprechen: In Bildung investieren

„In unsere Zukunft investieren heißt auch: Geld in Bildung zu stecken." vgl. https://www.gruene.de/artikel/zukunftsinvestitionen

„Für die Bildungswende brauchen wir qualifiziertes Personal, Lehrer*innen, nicht zuletzt aber auch multiprofessionelles Personal. Wir wollen die Ausbildung und Finanzierung von mehr Sozialpädagog*innen, Schulpsycholog*innen oder IT-Fachleuten in den Schulen ermöglichen. ... Auch die Ausbildung und Attraktivität des Lehrer*innenberufs wollen wir verbessern." Vgl. https://www.gruene.de/artikel/nationaler-bildungspakt

Was in Hamburg geschieht

Viele Eltern erleben derzeit das Gegenteil.

Anstatt Bildungsangebote auszubauen, werden Einsparungen diskutiert. Anstatt multiprofessionelle Teams zu stärken, werden Ressourcen reduziert. Anstatt zusätzliche Chancen zu schaffen, drohen bewährte Strukturen binnen kürzester Zeit und unwiederbringlich verloren zu gehen. Anstatt Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, werden jungen Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg darüber informiert, dass es für sie hier keine Zukunft gibt.

Für viele Eltern offenbart sich ein schwer nachvollziehbarer Widerspruch zwischen den bildungspolitischen Forderungen der Grünen auf Bundesebene und dem politischen Handeln unter grüner Regierungsverantwortung in Hamburg.

Für viele Familien sind Ganztag und zusätzliche Bildungsangebote kein Luxus.

Sie ermöglichen Kindern, Talente zu entdecken, Lerndefizite aufzuholen und gleiche Chancen zu erhalten. Besonders profitieren davon häufig diejenigen Kinder, deren Familien nicht über umfangreiche finanzielle Ressourcen verfügen.

Wer an diesen Strukturen spart, spart nicht an Randangeboten. Er spart an Chancen.

Wir schreiben diesen Brief, weil wir nicht verstehen, warum ausgerechnet unter Beteiligung einer Partei, die Bildungsgerechtigkeit zu einem ihrer zentralen politischen

Ziele erklärt hat, Maßnahmen vorbereitet werden, die von Eltern, Schulen und Bildungsakteuren als Rückschritt wahrgenommen werden.

Deshalb bitten wir Sie eindringlich:

Nehmen Sie zu den Hamburger Planungen Stellung.

Setzen Sie sich innerhalb Ihrer Partei dafür ein, dass die Grundsätze grüner Bildungspolitik auch dort gelten, wo BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regierungsverantwortung tragen.

Denn Bildungsgerechtigkeit beweist sich nicht in Programmen, Leitbildern oder Pressemitteilungen.

Sie beweist sich dann, wenn Haushalte unter Druck geraten und politische Prioritäten gesetzt werden müssen.

Hamburgs Kinder verdienen eine Bildungspolitik, die Chancen schafft statt Chancen verbaut. Jede politische Entscheidung, die Bildungswege verengt, gefährdet ihre Zukunft und untergräbt das Versprechen von Bildungsgerechtigkeit

Mit freundlichen Grüßen

Elternrat der Grundschule Neurahlstedt

Kreiselternrat 41

Elternrat der Schule An der Burgweide

Elternrat der Schule am Eichtalpark

Elternrat der Clara-Grunwald-Schule

Elternrat der Marie Beschütz Grundschule

Elternrat der Max Brauer Schule

Elternrat der Grundschule Rothestraße

Charlotte Jaus als Einzelperson

Elternrat der Schule Stockflethweg

Kira Nehring als Einzelperson

Elternrat der Anton-Reé-Schule Allermöhe (ARSA)

Elternrat der GTS Molkenbuhrstraße

Elternrat des Heilwig Gymnasiums

Kreiselternrat 61

Elternrat des Gymnasium Bornbrook

Elternrat des Gymnasium Allee

Elternrats des Marion Dönhoff Gymnasiums

Elternrat der Grundschule Rungwisch

Elternrat des Gymnasiums Lohbrügge

Elternrat der Grundschule Bramfeld

Elternrat der Stadtteilschule Blankenese

Elternrat der Heinrich-Hertz-Schule

Elternrat des Hansa-Gymnasiums

Ulrike Kache als Einzelperson

Elternrat der Schule Fünfhausen-Warwisch

Elternrat der Schule Friedrich-Frank-Bogen

Elternrat der Schule Marckmannstraße

Lena Weyel als Einzelperson

Markus Redlich als Einzelperson

Elternrat der Schule Rellinger Straße

Maja Menke als Einzelperson

Elternrat der Grundschule Röthmoorweg

Antje Weber als Einzelperson

Elternrates der Schule Bonhoefferstraße

Elternratsvorstand Lise Meitner Gymnasium

Elternrat der Grundschule Eckerkoppel

Sara Beuster als Einzelperson

Kornelius Kohlmeyer als Einzelperson

Elternrat Grundschule Thadenstraße

Elternrat vom Gymnasium Süderelbe

Christine Jung als Einzelperson

Dirk Jung als Einzelperson

Steffi Seitz als Einzelperson

Elternrat der Grundschule Anna-Susanna-Stieg

Vorstand Elternrat Gymnasium Grootmoor

Elternrat der Stadtteilschule Winterhude/Winterhuder Reformschule

Elternrat des Emilie Wüstenfeld Gymnasiums

VEHG - Vereinigung der Elternratsvorsitzenden der Hamburger Gymnasien

GEST - Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg

GEW Hamburg - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hamburg

Heiko Siemens als Einzelperson

Celine Czipull als Einzelperson

Thomas Kunzmann als Einzelperson

Martin Anacker als Einzelperson

Claudia Flamme als Einzelperson

Elternrats der Stadtteilschule Helmuth Hübener

Elternrat der Grundschule Tornquiststraße

Elternkammer Hamburg

Stefanie Engelke als Einzelperson

Annegret Westphalen als Einzelperson

Karl-Eckhard Czipull als Einzelperson

Tanja Liro als Einzelperson

Julia Stein als Einzelperson

Kathrin Schumacher als Einzelperson

Elternrat der GTS Hoheluft

Elternrat des KAIFU Gymnasium

Kreiselternrat 51

Isabelle Westecker-Blum als Einzelperson

Marina Selikowitsch als Einzelperson

Bianca Zimmermann als Einzelperson

Roger Hasse als Einzelperson

Heike Zimmermann als Einzelperson

Ernst Zimmermann als Einzelperson

Elternrat der GTS Fährstraße

Christine Bakx als Einzelperson

Elternrat der Loki-Schmidt-Schule

Elternrat der Schule Vizelinstrasse

Elternrat des Corvey Gymnasiums

Kreiselternrat 42

Laura Buhren als Einzelperson

Elternrat der Grundschule Scheeseler Kehre

Elternrat der Grundschule An der Gartenstadt

Julia Zechlin als Einzelperson

Florian Zechlin als Einzelperson

Elternrat der Schule Kamminer Straße

Elternrat der Ida Ehre Schule

Marvin Zager als Einzelperson

Elternrat der Schule Großlohering

Elternrat der Schule Lutterothstraße

Elternrat der Schule Nettelnburg

Mirjam Mans als Einzelperson

Jürgen Höfer als Einzelperson

Kreiselternrat 22

Elternrat der Grundschule Sachsenweg

Kreiselternrat 32

Elternrat des Albrecht-Thaer-Gymnasiums

Vorstand des Elternrats der Grundschule Döhrnstraße

Meliha Cita als Einzelperson

Alexandra Anastasiou als Einzelperson

Elternrat des Ganztagesgrundschule Sternschanze

Elternrats der Louise Schroeder Schule

Daniela Brandt als Einzelperson

Elternrat der Westerschule Finkenwerder

Elternrat der Otto-Hahn-Schule

Elternrat der Max-Träger-Schule

Elternrat der Stadtteilschule Bergedorf

Elternrat der Schule am Park

Elternrat der Grundschule Ohrnsweg

Elternrat der Schule Tegelweg

Elternrat des Goethe Gymnasiums Hamburg

Sandra Fiedler als Einzelperson

Elternrat des Gymnasium Marienthal

Elisa Schnoor als Einzelperson

Elternrat des Gymnasiums Langenhorn

Elternrat der Stadtteilschule Wilhelmsburg

Elternrat der École Française de Hambourg

Elternrats der Schule Zollenspieker

Doro Seele als Einzelperson

Elternrat des Bildungshauses Eimsbüttel

Elternrats des Gymnasiums Bondenwald

Karoline Milatz als Einzelperson

Magnus Milatz als Einzelperson

Gunilla Klemp als Einzelperson

Lina Sophie Mau als Einzelperson

Kai Wellbrock als Einzelperson

Jasmin Wellbrock als Einzelperson

Jessika Vilar Benet als Einzelperson

Elternrat vom Gymnasium Othmarschen

Franziska Conrad als Einzelperson